



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 25. Oktober 2016

PRESSEINFORMATION

Gewalt gegen Essener Polizeibeamte erschreckend hoch: Witzel fordert neue Kultur des Respekts für Einsatzkräfte

Auch in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 2016 gibt es eine erschreckende Anzahl an Vorfällen von Gewalttaten gegen Polizeibeamte des Polizeipräsidiums Essen, und noch ist nicht abzusehen, ob der Wert des vergangenen Jahres noch überschritten wird. Die Landesregierung hat aktuell auf Drängen des FDP-Landtagsabgeordneten Ralf Witzel die Gewaltstatistik gegen Essener Polizeibeamte bekanntgeben müssen.

Angesichts der über die letzten Jahren vor Ort deutlich gestiegenen Gewalt gegen Polizeibeamte appelliert Witzel an eine „neue Kultur des Respekts für Einsatzkräfte“ und betont: „Es ist nicht hinnehmbar, daß Einsatzkräfte in Essen einer eskalierenden Gewaltspirale gegenüberstehen.“

Die Auswertung des Zahlenmaterials zeigt: Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres gab es bereits 289 Vorfälle im PP-Bereich für Essen und Mülheim, bei denen Polizeibeamte bei ihrer Arbeit auf Gegenwehr gestoßen sind. Davon leistete 221 mal ihr Gegenüber Widerstand, zwanzigmal kam es zur Körperverletzung und elfmal sogar zu einer gefährlichen Körperverletzung. Weitere 25 Male wurden die Beamten bedroht, mehrfach genötigt, und in einem Fall steht tatsächlich ein versuchter Totschlag im Raum.

„Sollte sich dieser Trend fortsetzen, stehen am Jahresende 2016 ähnlich hohe oder höhere Zahlen wie im Vorjahr und etwa doppelt so hohe wie 2011“, zeigt sich Witzel besorgt und macht deutlich, daß eine bessere personelle Ausstattung das Risiko für Polizeibeamte im Dienst deutlich senken würde. „Hier steht der Innenminister deutlich in der Pflicht zu handeln, alles andere wäre fahrlässig.“

Witzel, der entsprechende Daten auch bereits in der Vergangenheit erfragt hat, kritisiert außerdem, daß die Landesregierung einige Punkte gänzlich unbeantwortet läßt: „Ob die Beamten in bestimmten Straßen und Quartieren der Stadt Essen besonders häufig im Einsatz sind oder wie sich die Lage im Vergleich zu anderen Städten des Ruhrgebietes darstellt, will die Landesregierung leider nicht beantworten, obwohl dies die Öffentlichkeit sicherlich verständlicherweise interessiert“, ärgert sich der FDP-Politiker.